

pflichtend, aber die Art der Krankenversicherung sollte freigestellt werden. Jede Pflichtversicherung, die so weit geht, auch die Methode vorzuschreiben, durch die der Lohnempfänger sich schützt, also z. B. durch die Einführung einer staatlichen Steuer durch Abzug vom Lohn, wird von uns als eine verfehlte Maßnahme angesehen.“

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus West- und Südeuropa

Der Erzbischof von Mailand, *Kardinal Schuster*, hat auf die Bitte des Präfekten von Mailand seinen Klerus aufgefordert, mit der Getreideverteilungskommission zusammenzuarbeiten, da *die schwierige Versorgungslage* Italiens nur durch die äußerste Disziplin aller Erzeuger und Verbraucher gemeistert werden könne. Kardinal Schuster erinnert in seinem Aufruf an das Wort der Schrift, das den Fluch des Himmels auf die Volkaussauger und die Volkaushungerer herabzieht und erklärt, daß jeder, der sich auf unrechte Weise für die Allgemeinheit bestimmtes Getreide aneignet, ein solcher Volkaussauger und Volkaushungerer sei. Er forderte die Geistlichen auf, solchen Menschen die Sakramente zu verweigern, und weist auf das Vorbild des hl. Ambrosius, des Patrons von Mailand, hin, der einmal den Leichnam eines verhungerten Armen in das Haus eines Ausbeuters hat bringen lassen. Die Seelsorger werden verpflichtet, ihre Gläubigen von der Kanzel auf ihre Gewissenspflicht hinzuweisen, kein Getreide zu hamstern.

Der Nationalrat der Christlich-demokratischen Partei Italiens gibt bekannt, daß er *keine Spaltung der italienischen Einheitsgewerkschaft* durch den Abzug der Angehörigen der Christlich-demokratischen Partei beabsichtige. Die Schwierigkeiten, die mit den Sozialisten und Kommunisten bestünden, seien darauf zurückzuführen, daß die Christlich-demokratische Partei sehr wenig in Gewerkschaftsfragen geschulte Leute besitze und sich infolgedessen gegenüber den routinierten sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftsführern nur schwer durchsetzen könne.

Der Erzbischof von Mailand, Kardinal Schuster, richtete einen *Aufruf an die Öffentlichkeit Oberitaliens*, in der er seine Besorgnis über die allgemeine und täglich wachsende Mißstimmung in Italien zum Ausdruck bringt, welche sich in Umzügen, Streiks, ja sogar in Gewaltakten gegen die gesetzmäßigen Gewalten äußert. Es sei notwendig, daß die Regierung rasch, gerecht und stark die wirtschaftlichen Probleme löse, welche den heutigen Schwierigkeiten zugrunde liegen, gleichzeitig aber auch dem Drängen der unerfahrenen Massen Widerstand leiste. Man müsse das Spiel jener Kräfte durchkreuzen, welche Interesse am Ausbruch einer all-

gemeinen Revolution hätten, um die heutige Ordnung umstürzen und eine Diktatur einrichten zu können. Sein Aufruf an die Regierung entspringe nicht dem Streben, politischen Einfluß zu gewinnen, sondern es entspreche der bischöflichen Mission und seiner religiösen Pflichtauffassung, um das Staatswohl Sorge zu tragen. An die italienischen Katholiken richtet der Kardinal den Aufruf, sich in dieser so bedrohlichen Zeit mit doppeltem Eifer an Gott zu wenden, denn er allein könne die Nation wieder herstellen. Er verordnete, daß in allen Pfarreien Gebetstage für die Rettung Italiens und die Bewahrung der Ordnung abgehalten werden. Die Pfarrer werden aufgefordert, sich der Hilfswerke für die Kriegsgeschädigten mit allen Kräften anzunehmen und gleichzeitig in ihren Predigten das Volk zu belehren, daß nach der Lehre der Geschichte Revolutionen die politischen Fragen nicht lösen könnten, sondern nur die letzten noch bestehenden Hoffnungen auf Rettung vernichteten.

In Chelles wurde am 30. Mai die vierte Priorei des *Institutes vom Gekreuzigten Jesus* eröffnet, einer im Jahre 1930 entstandenen und im Jahre 1938 kanonisch errichteten weiblichen religiösen Genossenschaft, die ihre Mitglieder aus Kranken und Gebrechlichen rekrutiert, die in der Genossenschaft mit der Absicht zusammenleben, „Gott durch die freudige Annahme ihrer Leiden zu verherrlichen“. Ihr Mutterhaus, das im Jahre 1933 gegründet wurde, befindet sich in Brou, in der Banneile von Paris, wo sie unter den Kindern und Kranken dieser reinen Arbeiterstadt ein bedeutsames Apostolat ausüben.

In Belgien wurde im Jahre 1925 als Abteilung der Katholischen Aktion die *„Jeunesse Ouvrière Catholique“* gegründet, die gewöhnlich mit ihren Anfangsbuchstaben J.O.C. benannt wird und unter diesem Namen eine der wichtigsten Organisationen der Katholischen Aktion in einer ganzen Anzahl von Ländern geworden ist. In Belgien und in der ganzen Welt ist die J.O.C. heute die mächtigste und repräsentativste Arbeiterjugendvereinigung, die es gibt. Sie ist seit ihrer Gründung eine Bewegung, deren Ziel und Ideal es ist, die Masse zu erreichen und in ihr zu wirken, die große Masse, die den Einflüssen des modernen Heidentums am weitesten offensteht, dem Christentum zurückzugewinnen. Ihre Mitglieder haben die Aufgabe, Apostel der Arbeiter zu sein, in deren Mitte sie leben. Die belgische J.O.C. hat heute 100 000 eingeschriebene Mitglieder. Bei der Feier ihres 20jährigen Bestehens im vergangenen Jahr sind 12 000 ihrer Führer in Brüssel zu einer äußerst eindrucksvollen Versammlung zusammengekommen. Während des Krieges haben die jungen Arbeiter der J.O.C. unter Einsatz ihres Lebens heimlich unter den Deportierten in Deutschland gewirkt; heute nehmen sie teil an der Sorge für die Heimkehrer und für alle, die an den Folgen des Krieges am schwersten leiden.

Nach dem Vorbild der belgischen J.O.C. haben ungefähr 50 Nationen ihre katholische Arbeiterjugend organisiert, allen voran Frankreich, wo die J.O.C. eine ebenso große Rolle innerhalb der Katholischen Aktion spielt wie in Belgien.

In England zählt die Katholische Arbeiterjugend 10 000 eingeschriebene Mitglieder und 20 000 sympathisierende. Ihre Bedeutung neben den wichtigsten englischen Jugendorganisationen ist so groß, daß sie zur Mitarbeit in der Standing Conference, der Hauptorganisation Englands zum Studium aller Jugendfragen, aufgefordert worden ist.

In Irland hat sich die J.O.C. in direktem Anschluß an die belgische Organisation gebildet und dann von der englischen J.O.C. Anregung zur besseren Entwicklung ihrer Methoden übernommen. Im kleinen Luxemburg bestehen 25 Sektionen der J.O.C. In Portugal wurde die J.O.C. 1934 gegründet, und ihre Gruppen verteilen sich heute auf alle größeren Arbeiterzentren des Landes. Sie wirken eifrig in den Milieus der Berufsschulen beider Geschlechter. In der Schweiz existiert die J.O.C. in den Kantonen der Welschschweiz, und Sektionen haben sich auch in den großen Städten der Deutschschweiz für die dort arbeitenden jungen Welschschweizer gebildet.

In Algerien, Tunis, Marokko hat die J.O.C. bisher nur die Weißen erfaßt. Das Klima und die Entfernungen schaffen dort bedeutende Schwierigkeiten.

In Kanada haben sich die ersten Gruppen der J.O.C. im Jahre 1931 gebildet. Hier entstanden bald sog. „Forums“, wo aktuelle Probleme unter der Leitung wohlvorgebildeter Referenten durchgesprochen werden. Diese volkstümlichen Debatten werden von Tausenden von jungen Arbeitern besucht. — Sektionen der J.O.C. finden sich auch in Australien und Neuseeland.

Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Costarica haben ihre Jocistenverbände. Doch gibt es natürlich auch Länder, in denen der Bildung dieser katholischen Arbeiterjugendorganisationen unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, andere wieder, in denen die Organisation der jungen katholischen Arbeiter im Rahmen der Katholischen Aktion nach dem Vorbild der J.O.C. noch im Stadium des Experimentierens steckt.

Die christlichen Gewerkschaften in Belgien haben drei Delegierte in den belgischen Kongo entsandt, um dort eine selbständige *christliche Gewerkschaft für die Negerarbeiter* zu gründen. Der Vorsitzende der belgischen Gewerkschaften, Pauwels, erklärt dazu, daß diese neuen Gewerkschaften demokratisch und nach Berufsgruppen gegliedert sein und daß die Neger darin den Weißen nicht untergeordnet sein sollen. Sie sollen politischen Charakter haben. Ihre Forderungen gründen sich auf das Naturgesetz und die soziale Lehre der Kirche.

Der Innsbrucker „Volksbote“ meldet, in Wien habe seit Monaten eine *Aussprache zwischen Katholiken und Sozialisten* stattgefunden, die einer Klärung des Verhältnisses zwischen Kirche und Sozialismus dienen wollte. An diesen Gesprächen haben Theologen und

Sozialwissenschaftler, Geistliche und Laien teilgenommen. Leider werden keine Namen genannt. Die Aussprache, die vorläufig abgeschlossen ist, hat jedoch zur Fixierung von einigen Punkten geführt, die eine Grundlage abgeben können, Katholiken und Sozialisten ein gemeinsames Handeln beim Wiederaufbau Österreichs zu ermöglichen. Sie sind veröffentlicht worden, um die Diskussion in weitere Kreise zu tragen. In der Tat sind sie von allgemeinem Interesse als Basis der Verständigung zwischen den beiden wichtigsten Lagern in ganz Europa, in deren Hand nicht nur der Wiederaufbau Österreichs, sondern des gesamten Abendlandes liegt. Diese Punkte sind folgende:

1. Die menschlich - soziale Verhaltensweise, zu der Kirche und Sozialismus ihre Anhänger verpflichten, stimmt im wesentlichen überein. Sie beruht auf der Forderung einer Gesellschaftsordnung brüderlicher Nächstenliebe von seiten der Kirche und einer Gesellschaftsordnung genossenschaftlicher Arbeits- und Lebensverbundenheit von seiten des Sozialismus. Beide gehen aus von der Erkenntnis der Würde der Person und von dem hieraus erfließenden unabdinglichen Postulat der Achtung und Wahrung der Freiheit des Menschen.
2. Diese Gleichartigkeit der Zielsetzung im sozialen Bereiche trat in der jüngsten Vergangenheit im gemeinsamen Kampf gegen die Lehren in Erscheinung, die jene Grundwerte leugneten. Sie soll auch für den uns alle gemeinsam verpflichtenden Aufbau der Zukunft fruchtbar bleiben.
3. Hierzu ist vor allem nötig, in der Beurteilung der sozialistischen Bewegung die atheistisch-marxistische Weltanschauung und eine künftige weltanschaulich indifferente Wirtschaftsordnung, welche eine Vergemeinschaftung der Produktionsmittel vorsieht, zu unterscheiden.
4. Von kirchlicher Seite ist bei klarer Trennung von Weltanschauung und Wirtschaftsordnung kein Einspruch gegen die Ziele sozialistischer Politik zu erwarten, wie aus den bezüglichlichen Stellen der Enzyklika „Quadragesimo anno“ und aus deren authentischer Interpretation (Anerkennung der Labour-party in England) hervorgeht.
5. Die sozialistische Forderung nach Verstaatlichung der Großbetriebe steht nicht in grundsätzlichem Widerspruch zur katholischen Sozialethik, da die Enzyklika „Quadragesimo anno“ erklärt: „Mit vollem Recht kann man dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergroße Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohles Privathänden nicht überantwortet bleiben kann.“ Im übrigen hat, wodurch eine weitgehende Annäherung der sozialistischen Forderungen an solche christlicher Sozialreform erreicht werden dürfte, als Leitnorm zu gelten: Staatssozialismus soweit als nötig, Genossenschaftssozialismus soweit als möglich.
6. Die begriffliche und praktische Scheidung zwischen atheistischer Weltanschauung und planwirtschaft-

licher, den Gemeinbesitz der wichtigsten Produktionsmittel voraussetzender Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird es ermöglichen, Ideen und Ideale des wissenschaftlichen Sozialismus auch für das christliche gesellschaftswissenschaftliche Denken zu übernehmen.

7. Voraussetzung für die angestrebte Vereinbarkeit von Kirche und Sozialismus wäre also einerseits Verzicht des Sozialismus auf Einflußnahme in Fragen der Religion und der religiösen Betätigung und andererseits Verzicht der Kirche auf Einflußnahme in gesellschaftliche und wirtschaftstechnische Fragen bei Wahrung ihres sozial-ethischen naturrechtlichen Lehranspruches. Es wird somit in beiden Fällen eine sachliche Scheidung von Kirche und Politik gefordert, von atheistischer Weltanschauung und Gesellschaftswissenschaft.

Auch in England ist eine *Reform der Volksschulen* und höheren Schulen durchgeführt worden. Aber da die englischen Schulverhältnisse im allgemeinen beruhigt und nur in Einzelheiten umkämpft waren, so sind auch die Neuerungen nicht revolutionärer Art. Vor 1870 hat der Staat sich um den Volksschulunterricht so gut wie gar nicht gekümmert. Das erste Gesetz für den Volksschulunterricht von 1870 sah staatliche und „freie“, d. h. Privatschulen (zu denen auch die katholischen gehörten) vor. In den staatlichen Volksschulen konnte Religion unterrichtet werden oder auch nicht. Sehr viele waren „neutral“, d. h. sie lehrten im Geist einer christlichen Moral und machten die Bibel bekannt, ohne doch eigentliche Religionsstunden zu geben. Die Privatschulen — also auch die katholischen — waren staatlich subventioniert, wurden aber vorwiegend von den Lokalbehörden und den Interessenten finanziert. Die katholischen Religionsstunden mußten in diesen Schulen am Anfang oder am Ende der Unterrichtsstunden gegeben werden. Der Schulinspektor hatte zu allen Schulstunden freien Zutritt, durfte aber in den Unterrichtsstoff der Religionsstunden nicht eingreifen. Die religiöse Unterweisung konnte dagegen von einem besonderen Inspektor überprüft werden, den der Bischof bestimmte. Diese Verhältnisse wurden durch ein Gesetz von 1902 nicht grundsätzlich geändert. Jedoch beansprucht der Staat jetzt auch in den Privatschulen absolute Autorität für den ganzen außerreligiösen Unterricht; dafür unterstützt er die privaten Schulen finanziell stärker. Das Recht, ihr Schuloberhaupt selbst zu wählen, behält die Privatschule, dafür muß sie als Gegenleistung ihr Schulgebäude selber instand halten.

Im Laufe der Zeit haben verschiedene Regierungen ohne Erfolg versucht, den Katholiken gegenüber eine weniger liberale Schulgesetzgebung durchzudrücken. Die Katholiken haben immer darauf bestanden, als vollkommen gleichberechtigte Gruppe behandelt zu werden und haben das auch durchgesetzt.

Ein neues Schulgesetz ist endlich 1944 zustande gekommen. Der Augenblick war günstig, da alle Widersprüche, die tatsächlich vorhanden sind, im Gefühl der

Einigkeit, zu der die gemeinsam durchlebten schweren Jahre alle Parteien des Volkes gestimmt haben, zurückgestellt wurden. Keime zu späteren Auseinandersetzungen sind daher genug übriggeblieben; aber zunächst einmal sind die Schulverhältnisse geregelt. Für die englischen Katholiken bedeutet das: sie erhalten Volks- und höhere Schulen auf der Höhe des neuesten Fortschritts. Die staatliche Unterstützung erstreckt sich mit 50 Prozent auch auf die Baulichkeiten, Spielgelände usw. Die Katholiken erhalten 289 neue höhere Schulen; diese subsidiert der Staat zu 75 Prozent. Die Lehrer werden Katholiken sein.

Auf der Rückkehr von den Beerdigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kardinal Glennon besuchte der Erzbischof von Westminster, Kardinal Griffin, auch das Dubliner Maynooth College, das er in einer Ansprache als den bedeutendsten Mittelpunkt der theologischen Wissenschaft in der englischsprechenden Welt feierte. In dieser Ansprache drückte er auch den Dank Englands an die irischen Bischöfe aus, daß sie die Seelsorge in England während des Krieges dadurch in der großzügigsten Weise unterstützten, daß sie für jeden Priester, der zum Heeresdienst abgestellt wurde, einen irischen Geistlichen als Ersatzmann stellten.

Die Zeitung „Novidades“ veröffentlicht aus Anlaß der Festlichkeiten der Krönung Unserer Lieben Frau von Fatima einen Brief, den die Schwester Lucia von Jesus, die eines der drei Kinder war, denen sich die Erscheinung der Mutter Gottes in Fatima offenbarte und die jetzt Nonne in einem spanischen Kloster ist, im Jahre 1943 an den Bischof von Gurza gerichtet hat. Wenn man auch der Privatoffenbarung, von der in diesem Briefe die Rede ist, keine größere Bedeutung beizumessen braucht, als die Kirche es tut, so scheint uns doch das, was darin über die zeitgemäße Form des Opfers und der Buße gesagt wird, sehr bedeutsam. Es heißt in dem Brief u. a.:

„Der liebe Gott wird sich besänftigen lassen. Aber er führt Klage über die so geringe Zahl von Seelen, die zu den Verzichten bereit sind, die die Beobachtung Seines Gesetzes von ihnen verlangt. Denn das ist die Buße, die der liebe Gott fordert: daß jeder die Opfer auf sich nimmt, die ein Leben der Gerechtigkeit in der Beobachtung des göttlichen Gesetzes fordert. Er will, daß man den Seelen diesen Weg zum Heile bekannt gibt; denn viele, die das Wort Buße im Sinne großer Abtötungen verstehen und in sich nicht die Kraft und Großmut verspüren, sie auf sich zu nehmen, verlieren den Mut und bleiben in einem lauen und sündhaften Leben stecken.

In der Nacht von Freitag auf letzten Samstag, als ich mich gegen Mitternacht mit Erlaubnis der Mutter Oberin in der Kapelle befand, hat der Heiland Folgendes zu mir gesprochen: ‚Das Opfer, das von jedem gefordert wird, ist die Erfüllung seiner eigenen Pflichten und die Beobachtung meines Gesetzes. Das ist die Buße, die ich jetzt fordere und verlange‘. . .“

Französischen privaten Meldungen zufolge ist die Kirche in der Tschechoslowakei neuerdings sehr vielen Hemmungen in ihrer Betätigung ausgesetzt. Die größte davon ist der außerordentliche Priestermangel. Es zeigt sich, daß es aussichtslos ist, die deutschen, noch in der Tschechoslowakei verbliebenen Priester in der Seelsorge einzusetzen, da der Deutschenhaß so groß ist, daß selbst gute Katholiken auch in Todesgefahr Beistand von deutschen Priestern zurückweisen. Auch der Kampf gegen den politischen und sozialen Extremismus von links wird der Kirche außerordentlich erschwert. Ein altes Gesetz gegen den sog. Kanzelmißbrauch ist wieder in Wirksamkeit gesetzt worden, und es sind schon mehrere Priester verhaftet, weil sie gegen kommunistische Lehren gepredigt haben. Auch die Propaganda der nationalen tschechischen Kirche nimmt zu, und leider hat unter einem Teil der tschechischen Geistlichkeit, genau wie nach dem ersten Weltkrieg, wieder eine Auseinandersetzung über den Priesterzölibat begonnen.

Für bedeutsam hält man es auch, daß der päpstliche Vertreter in Prag, Msgr. Ritter, der schon vor der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Deutschen als Nuntius dort geweiht hat, jetzt nur mit dem Range eines Internuntius zurückkehrt. Nach alter Sitte haben die Nuntien Botschafterrang und bekleiden regelmäßig die Würde des Doyens des diplomatischen Korps. Man hat aber in Prag eine führende Stellung der vatikanischen Diplomatie als untragbar abgelehnt, und so mußte der Vatikan sich damit abfinden, eine Rangverminderung seiner diplomatischen Vertretung in Prag vorzunehmen, die an sich in der Geschichte der Diplomatie sehr ungewöhnlich ist.

Eine sehr deutliche, offene Sprache führten tschechische Katholiken als Antwort auf Vorwürfe, die der tschechoslowakische Informationsminister auf einem kommunistischen Parteikongreß gegen den Papst gerichtet hatte und in denen er von einer Verschwörung des Vatikans gesprochen hatte. Am Tage der Schlußsitzung dieses Parteikongresses hielten 5000 Katholiken in Prag eine Protestversammlung ab, auf der der Redner der Versammlung unter tosendem Beifall sagte: „Wir lieben unser Vaterland, aber wir werden es nicht dulden, wenn der Heilige Vater angegriffen und beleidigt wird“. Der Herausgeber der Prager katholischen Tageszeitung „Katholik“ antwortete dem Minister ebenso deutlich. „Wir werden“, so schrieb er, „uns von Ihnen nicht belehren lassen, weder über Patriotismus noch über Katholizismus. Wir beschäftigen uns nicht mit Politik, wir streben nicht nach Macht oder Reichtum, was wir wollen, ist ein wenig wirkliche, männliche und sei es auch nur bescheidene Freiheit, weil wir durch unsere Leiden zu der Erhaltung der Freiheit beigetragen und sie uns also verdient haben.“

Der Rektor des Brünner Seminars, Dr. Karl Skoupy, wurde durch den Heiligen Vater zum Bischof der Brün-

ner Diözese ernannt. Es ist dies die erste Bischofsernennung in der Tschechoslowakei seit Beginn des Krieges.

Die tschechoslowakische Regierung hat auf Grund der Bestimmungen des Modus vivendi mit dem Heiligen Stuhl ihre Zustimmung zur Ernennung des bisherigen Bischofs von Königgrätz, Msgr. Moric Picha, zum Erzbischof von Prag verweigert. Der Bischof ist angeblich wegen seiner energischen Verteidigung der katholischen Bekenntnisschulen persona non grata.

Die Synode der tschechischen Nationalkirche, die heute 800 000 Gläubige zählt, wählte den Neutestamentler der hussitischen theologischen Fakultät der Universität Prag, Dr. Frantisek Kova, zu ihrem Patriarchen. Die Hauptaufgabe der tschechischen Nationalkirche ist nach der Erklärung des Patriarchen die richtige Führung der ihr angehörigen Arbeiter, die keinen Konflikt zwischen Marxismus und Christentum kennen. Viele unserer Mitglieder, so sagte er, sind gute Kommunisten, das gleiche gilt von vielen unserer Geistlichen. Unsere Geistlichen betrachten es nicht als Schande, Kommunisten zu sein.

Msgr. Paul P. Goyditsch, Ordinarius der unierten Diözese Presov, ist vom Papst zum geistlichen Oberhirten sämtlicher Unierten auf dem gesamten Gebiete der tschechoslowakischen Republik ernannt worden. Diese Maßnahme war nötig geworden, weil viele Unierte aus der Diözese von Msgr. Goyditsch westwärts weitergewandert sind und sich in den früher von den Sudetendeutschen besiedelten Gebieten niedergelassen haben. Die Redemptoristen des orientalischen Ritus haben von Rom die Erlaubnis erhalten, ein unabhängiges Vizeprovinzialat in der Slowakei mit Sitz im Kloster Michalovce zu errichten.

Wie Msgr. Goyditsch, der einzige unierte Bischof in Europa, der noch frei amtieren kann, in einer Ansprache in Bratislava ausführte, werden die unierten Katholiken aus der gegenwärtigen Prüfung stärker als zuvor hervorgehen. Der Bischof erachtet es als nicht ausgeschlossen, daß die Verfolgung sogar zur Rückkehr der Schismatiker führen könnte.

Die zu ihrer Jahreskonferenz in Tschenschowau versammelt gewesenen polnischen Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, der am 16. Juni zweimal in sämtlichen Kirchen verlesen worden ist. Er berichtet zuerst von der Reise des Kardinals Sapieha nach Rom und gibt die dem Kardinal mitgegebene Botschaft des Papstes dem polnischen Volke bekannt. Dann kommen die Bischöfe auf die Lage in Polen zu sprechen. „Unsere Aufmerksamkeit“, so heißt es dort, „hat sich besonders den Fragen der Unordnung im Lande und der individuellen Freiheiten der Bürger zugewandt. Obgleich der Krieg zu Ende ist, ist das Leben Einzelner und oft ganzer Familien noch immer in ernster Gefahr. Es sind bewaffnete Angriffe, die die Freiheit des Einzelnen verletzen, zu beklagen und Hinrichtungen ohne Schuldbeweis und

ohne Urteilsspruch. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, ganze Bauernhäuser und ganze Dörfer sind Opfer dieser durch das göttliche Gesetz verurteilten Verbrechen geworden.“ Die Bischöfe machen auf die verheerenden Folgen eines solchen Zustandes für das Leben der Nation aufmerksam und fordern von den Verantwortlichen, daß sie die Gebote Gottes achten und diesen Gewalttaten ein Ende machen. Sie bedauern weiter, daß man den Priestern den Besuch der Gefängnisse verboten hat, und betonen, daß sie alles tun würden, was in ihrer Macht liegt, den Gefangenen religiöse Hilfe zukommen zu lassen.

Die Bischöfe befassen sich sodann mit den häufigen Forderungen an die Priester und Bischöfe, politische Reden im Rahmen der Gottesdienste zu gestatten. „Diese Forderungen stehen nicht im Einklang mit dem heiligen Charakter der religiösen Funktionen oder mit den liturgischen Vorschriften der Kirche, und die kirchlichen Behörden können sie nicht erlauben.“

Auch der Religionsunterricht für die Jugend hat die Bischöfe beschäftigt. Weil die Jugend unter den heutigen Verhältnissen mehr als je zuvor sittlichen Gefahren ausgesetzt ist, muß die Kirche sie mit besonderem Schutz umgeben. Die Bischöfe wenden sich sodann eindringlich gegen die Tötung ungeborener Kinder und andere Sünden gegen das Leben. Der Episkopat ergreift besondere Maßnahmen, um den Hunderttausenden von Polen zu helfen, die aus ihrem Familienkreis versetzt worden sind. Zum Schluß danken die Bischöfe für die Hilfe des Auslandes.

Dieser Hirtenbrief ist in Regierungskreisen sehr kühl aufgenommen worden. Man betont dort, daß die Bischöfe die angeblichen Terroristen nicht näher bezeichnen, und bedauert vor allem, daß sie die soziale Revolution der Regierung nicht unterstützen.

Das Amtsblatt der Erzdiözese Warschau „Tygodnik Warszawski“ hat eine „Warnung gegen das Sektentum“ veröffentlicht, in der es heißt: „Die sog. ‚polnische nationale katholische Kirche‘ ist nicht eine katholische Kirche. Sie wurde nicht von unserm Erlöser gegründet, sondern ist eine jüngst von einer Anzahl Apostaten gegründete amerikanische Sekte. Sie ist also eine der zahlreichen Häresien und nicht die allgemeine Kirche, von der Polen seinen christlichen Glauben und die Taufe empfangen hat und zu der Polen während 1000 Jahren gehört hat.“ Es wird dann an die schweren kirchlichen Sanktionen gegen jede Beteiligung der Gläubigen an der sog. Nationalkirche erinnert. Die Gläubigen werden auch vor anderen Sekten gewarnt, „die ungerufen in die polnischen Familien eindringen. Um keinen Preis, weder für Gold noch für Dollars und auch nicht für ausländische Gaben darf man seinen Glauben, seine unsterbliche Seele, seine katholische Ehre verkaufen. . . . Wir leben in einer kritischen Periode für die Geisteshaltung der Nation. Bewahrt euch vor dem Abfall. Mit größerer Sorgfalt denn je zuvor laßt uns die nationale religiöse Einheit stärken, unsern Glauben vertiefen und uns an den mystischen Leib Christi anschließen, der die Heilige Katholische Kirche ist“.

Bei seiner Einführung als Erzbischof von Warschau hielt Kardinal Hlond eine Ansprache an den versammelten Klerus und die versammelten Gläubigen, in der er sie aufforderte, auszuharren und dafür zu sorgen, daß alles Kleine, Enge und Irdische aus den Seelen der Katholiken verschwunden sei, wenn die Stunde der Freiheit schlage. „Die Kirche“, so sagte der Kardinal im Verlauf seiner Rede, „verlangt nicht danach, in angenehmem Frieden zu existieren, und verlangt auch keine besonderen Triumphe für sich. Der Triumph gehört allein Christus, der das Übel und die Sünde überwunden hat. Die Kirche hat eine ganze Apokalypse von Leiden und Verfolgungen überdauert und wird weiter leiden, bis Christus den Sieg erringt.“

Der lateinische *Bischof von Luc*, Msgr. Szelack, dessen Diözese durch die Abmachungen von Yalta russisch wurde, ist nach einjähriger Haft freigelassen worden. Er hat die Curzonlinie überschritten und befindet sich nunmehr in Kielce. Der lateinische Bischof von Pinsk, Msgr. Kasimir Bukraba, dessen Diözese größtenteils ebenfalls russisch geworden ist, ist in Lodz verstorben, nachdem er aus seinem Sitz vertrieben worden war.

Der ruthenisch-unierte Bischof von Przemysl, Msgr. Kocylowski, über dessen Schicksal man im ungewissen war, ist — wie „Ukrainski Wysti“, eine in Kanada erscheinende ukrainische Zeitung mitteilt — an seinen Sitz zurückgekehrt, nachdem er in Rzeszow in Haft gewesen ist. Die polnischen Kommunisten versuchten ihm eine Erklärung abzuwingen, daß er als Ukrainer freiwillig nach Rußland gehen werde. Der Bischof verweigerte dies: „Rom hat mich nach Przemysl gestellt, und nur Rom kann mich von dort abberufen“, erwiderte der Bischof.

Der Papst hat den *Armeebischof der polnischen Armee* des Generals Anders, Josef Gawlina, zum Erzbischof ernannt. Erzbischof Gawlina untersteht auch die Seelsorge für die vielen Hunderttausende von Polen, die sich noch immer außerhalb ihres Vaterlandes befinden.

Der Rektor der Portugiesischen Kollegs in Rom, Msgr. Perreira dos Reis, ist mit der *Visitierung der Benediktinerklöster* in Polen beauftragt worden.

In der letzten Zeit haben sensationelle Nachrichten über die angebliche *Intervention des Papstes zugunsten des ehemaligen Gauleiters von Posen*, Greiser, die Welt in Aufregung versetzt. Heftige Vorwürfe sind gegen den Vatikan erhoben worden wegen dieses Eingriffes zugunsten eines nationalsozialistischen Kriegsverbrechers. Der Osservatore Romano vom 22. Juli brachte dazu folgende Klarstellung:

Die Initiative zu einer evtl. Intervention des Papstes zugunsten von Greiser ist von den polnischen Behörden selber ausgegangen. Da es im Augenblick keine diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau gibt, hat der polnische Gesandte bei der italienischen Regierung, Stanislaus Kot, das Gesuch des ehemaligen Gauleiters Greiser dem Apostolischen Nuntius

beim Quirinal übermittelt. Die Antwort des Papstes an den polnischen Gesandten ist ebenfalls durch den Nuntius überbracht worden und lautet: „Der Mann, um den es sich handelt, ist ein geschworener Feind der Kirche gewesen und hat während seiner ganzen Amtszeit nicht aufgehört, die Kirche im Warthegau heftig zu verfolgen. Dennoch geht Seine Heiligkeit, dem Beispiel ihres göttlichen Meisters folgend, der noch am Kreuz für seine Henker bat, auf die Bitte des Verurteilten ein und richtet an die zuständigen Behörden ein Gnadengesuch.“

Aus diesen Umständen geht deutlich hervor, daß die außergewöhnliche Bitte des Gauleiters dem Heiligen Vater nicht ohne Vermittlung der polnischen Behörden hätte zukommen können, und nicht ohne daß diese den ebenso ungewöhnlichen Weg über die polnische Gesandtschaft und den Nuntius bei der italienischen Regierung gewählt hätten. Auf jeden Fall kann man den Schluß ziehen, daß der Schritt der polnischen Behörden für Warschau keine Überraschung sein konnte, wie es der jüngste Pressefeldzug glauben machen möchte.

Die fünf Mitglieder des *serbisch orthodoxen Heiligen Synodes* in Belgrad veröffentlichten Ostern dieses Jahres einen ganz kurzen Hirtenbrief, in dem sie gegen die Kirchenpolitik der jugoslawischen Regierung protestierten. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß eine volle Trennung von Kirche und Staat durchgeführt, der Religionsunterricht in den Schulen nicht mehr obligatorisch sei, daß der Staat nur noch die zivile Ehe anerkenne und das Institut der Feldgeistlichen in der Armee abgeschafft worden sei. Vor allem aber beklagen sie, daß der antireligiösen Propaganda und der Gottlosenbewegung Tür und Tor offenstehe und daß sie mit allen Mitteln unterstützt werde.

Wie der „Religious News Service“ berichtet, teilt der *Metropolit von Skoplje* seinem Korrespondenten mit, der Synod der serbischen orthodoxen Kirche habe auf seiner letzten Tagung in Belgrad den Vorschlag des Moskauer Patriarchates, sich diesem zu unterstellen, abgelehnt. Patriarch Alexius hatte einen Bischof nach Serbien abgeordnet. Dieser schlug im Auftrag des Patriarchen ferner vor, das Moskauer und das serbische Patriarchat sollten in einer gemeinsamen Erklärung die Politik des Vatikans mit besonderer Bezugnahme auf Zentraleuropa verurteilen. Der serbische Synod lehnte diesen Vorschlag gleichfalls ab mit der Begründung, daß „die Schwierigkeiten der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche in Serbien die Schaffung gegenseitigen Verständnisses gefördert haben“. Die serbische orthodoxe Kirche erhofft die Rückkehr ihres exilierten Patriarchen, für den der Metropolit von Skoplje als *locum tenens* amtiert.

Der *Patriarch der rumänischen orthodoxen Kirche*, Nikodim, stattete dem russischen Patriarchen Alexius in Moskau einen Besuch ab.

Patriarch Alexius reiste Mitte Mai in Begleitung des Leningrader Metropoliten Grigori nach Bulgarien, um dort an der Gedächtnisfeier des ersten bulgarischen Heiligen, Johannes von Rila, des Gründers des berühmten Rila-Klosters, eines der Mittelpunkte des religiösen Lebens in Bulgarien, teilzunehmen.

In Rumänien ist eine wichtige *Abänderung des Gesetzes über die Ausübung religiöser Funktionen* vorgenommen worden. Von jetzt ab dürfen die Diener aller religiösen Kulte ihre Funktionen nicht ausüben, bevor sie nicht der König auf Empfehlung des Ministers für religiöse Angelegenheiten bestätigt hat. Andererseits müssen alle Mitglieder des höheren Klerus, einschließlich des Großrabbiners, dem König, der Verfassung und den Gesetzen des Landes Treue schwören.

Wie bekannt, ist der Apostolische Nuntius in Bukarest, Msgr. André Cassullo, auf Wunsch der rumänischen Regierung von seinem Posten zurückberufen worden. Der Vatikan hat sich jetzt entschlossen, die diplomatische Vertretung in Bukarest wieder zu besetzen, und hat den amerikanischen Bischof von Savannah, Msgr. Gerald Patrick O'Hara, zum Regenten der Bukarester Nuntiatur ernannt. Der Ausweg, einen amerikanischen Staatsbürger, der über den Verdächtigungen steht, denen die römischen Vertreter in den Ländern Südosteuropas in der letzten Zeit ausgesetzt waren, damit zu beauftragen, die Interessen des Vatikans wahrzunehmen, ist vor einiger Zeit schon in Belgrad ergriffen worden, und man denkt daran, sich seiner auch in Albanien zu bedienen, in das der Apostolische Delegat bislang noch nicht hat zurückkehren können.

In Albanien sind alle Missionare und Schwestern italienischer Nationalität ausgewiesen worden. Priester und Ordensleute sind getötet worden, darunter der Superior des Seminars von Skutari und der P. Provinzial der Jesuiten in Albanien. Die albanische Regierung hat zur Begründung dieser Schritte angegeben, daß die italienischen Missionare nach der Besetzung Albanien 1939 im Gefolge der bewaffneten Macht und zusammen mit den italienischen Arbeitern und Bauern nach Albanien gekommen seien. Das entspricht aber keineswegs den Tatsachen. Die italienischen Missionare sind im vorigen Jahrhundert nach Albanien gekommen, und sie griffen damit nur die Tradition der Kirche seit ihren ältesten Zeiten wieder auf. Franziskaner waren in Albanien seit den Zeiten des hl. Franziskus, die Jesuiten seit 1841. Vinzentiner kamen 1919, die „Söhne Don Orions“ 1928. Franziskanische Konventualen ließen sich zwar 1939 und 1940 nieder, aber das waren eingeborene Albaner, die sich auch dem albanischen byzantinischen Ritus angeschlossen hatten.

Indien

Die Frage der Zukunft des Christentums in einem unabhängigen Indien steht unter dem Schatten der Unterdrückungen, die die Christen z. B. in Ceylon und Travancore, wo sich die Lage immer noch weiter zugespitzt hat, schon heute zu erleiden haben. Sie werden von einigen Stimmen als ein Vorspiel dessen bezeichnet, was das Christentum in einem freien Indien zu erwarten hat, von anderen nur als lokale Vorkommnisse bewertet. Ziemlich einig scheinen sich alle Stimmen darin zu sein, daß alle auswärtigen Missionen stark behindert, wenn nicht unmöglich sein werden, und daß das Christentum eine Diskreditierung zu überwinden hat, die darin liegt, daß es bisher als Religion der Weißen galt, — wie sie in der krassesten Form etwa Savarkas, der Präsident der „Hindu Mahasabha“, ausgesprochen hat: „Wenn der Baum nach seinen Früchten beurteilt werden soll, muß das Christentum nach dem beurteilt werden, was es in den Ländern Europas und Amerikas hervorgebracht hat, wo es in vollem Glanze steht. Aber dieser Glanz ist erstickt und verborgen unter dem Rauch des Schießpulvers.“

Während man im allgemeinen mit der religiösen Toleranz des Hinduismus rechnet, der alle Religionen für gleich wahr zu halten geneigt ist, vielleicht jedoch eben aus dieser Haltung sich gegen weitere Missionierungen wehren wird, ist die Meinung über den Islam geteilt: als stark missionarische Religion könnte er einerseits Bundesgenosse im Kampf gegen ein Missionsverbot sein, andererseits fürchtet man bei seiner bekannten Intoleranz in den Gebieten, in denen er in der Mehrheit ist, vollständige Unterdrückung des Christentums. Wir geben einige indische Äußerungen wieder, die im allgemeinen einen etwas hoffnungsvolleren Ausblick in die Zukunft gewähren.

Über die Zukunft der Kirche im neuen Indien äußerte sich vor einiger Zeit der eingeborene indische Bischof Thomas Pothacamury von Bangalore: „Der Nationalismus hat ernste Ausmaße angenommen. Die Rückwirkungen auf die katholischen Missionen ist schwer vorauszusagen. Wird eine nichtchristliche Regierung die gleiche Duldsamkeit zeigen wie die britische und der christlichen Bekehrungsarbeit die gleiche Freiheit gewähren? Für den Augenblick scheint kein Grund für eine ungebührliche Sorge oder einen Alarm zu sein. Millionen von Indern betrachten das Christentum als eine fremde Religion, die mit der Überlieferung des Landes nicht übereinstimmt. Mehr noch: es gibt eine weitverbreitete Anschauung unter den Hindus, daß alle Religionen im Grunde gleich sind und zum selben Ziele führen. Gerne nimmt man die Werke der Caritas und der Erziehung der christlichen Mission an, mißtraut aber dem Bekehrungszweck. Über die Zukunft der Mission in einem unabhängigen Indien erklärte Gandhi vor Jahren: „Wenn die Missionare, statt sich auf ein

humanitäres Werk und die materielle Unterstützung der Armen zu beschränken, Proselytismus treiben und sich dabei des ärztlichen Werkes, der Erziehung usw. bedienen, dann würde ich sie gewiß bitten, sich zurückzuziehen. Die Religion einer Nation ist so gut wie die jeder anderen. Die Religionen Indiens sind sicherlich seiner Bevölkerung angemessen. Wir brauchen uns nicht geistig zu bekehren.“ Das ist eine persönliche Meinung Gandhis, die aber auf eine große Anzahl seiner hinduistischen Landsleute Einfluß ausübt. Dennoch ist es nicht wahrscheinlich, daß eine zukünftige Regierung Indiens die Missionstätigkeit verbieten wird. Die Mohammedaner, die durch ihre Führer die religiöse Werbung unter ihren Schutz nehmen, würden sich, wie auch die Christen — Katholiken und Protestanten —, deren Zahl schon auf 8 Millionen gestiegen ist, mit allen Kräften einer solchen Gesetzgebung widersetzen. Die gebildeten Inder und die Massen zeigen im allgemeinen die größte Bewunderung für Leben und Werk der katholischen Missionare. Pandit Jawaharlal Nehru, dessen Einfluß unter der Jugend größer ist als der Gandhis, schreibt: „Der Protestantismus trug Sorge sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen, und hat in beiden Welten versucht, den ersten Rang einzunehmen. Er hatte große Erfolge in weltlichen Dingen. Aber im Religiösen litt er Schiffbruch. Ganz allmählich machte die Religion dem Gefühl und dem Geschäfte Platz. Der Katholizismus dagegen hielt sich von diesem Mißgeschick frei und hielt an seinem alten Ideal fest. Solange das dauert, wird er blühen. Heute scheint er die einzige lebensmächtige Religion des Westens zu sein.“ Die Aussichten für die Zukunft der Kirche in Indien sind ermutigend. Die augenblickliche Lage rechtfertigt keinen Pessimismus. Vielleicht wird man den auswärtigen Missionaren Einschränkungen auflegen. Aber ernste Maßnahmen dürften kaum ergriffen werden.“

Gelegentlich einer nicht offiziellen Zusammenkunft indischer Christen hat Pandit Jawaharlal Nehru, neben Gandhi der hervorragendste Führer des allindischen Kongresses und der jetzige Führer der neuen indischen Interimsregierung, an die Zeitschrift „Social Order“ einen Brief gerichtet, der seine Meinung über die Stellung der indischen Christen in ihrer Nation umreißt. In der Vergangenheit, so heißt es in diesem Brief, haben die indischen Christen, Katholiken und Protestanten, sich aus dem großen Strom der indischen Gemeinschaft herausgestellt, und das geschah fast zwangsläufig, weil ihre Religion sie an die Seite der Regierung stellte und sie deren reaktionäre Ideen zu teilen schienen, während das indische Volk sich von eben dieser Regierung und ihrer Reaktion zu befreien suchte. Dieser politische Aspekt hat unglücklicherweise das Christentum verdächtig gemacht, das doch in Wahrheit zu den ältesten Religionen Indiens gehört und dort, besonders im Süden, schon zu Anfang unsrer Zeitrechnung verkündet worden ist und jahrhundertlang ohne irgendwelche Beeinträchtigung in Indien geblüht hat. Erst die britische

Regierung hat das Christentum den Indern verdächtig gemacht, weil sie fürchteten, die Regierung wolle Indien gewaltsam christianisieren. Da sich nun die indischen Christen bedroht fühlten, schlossen sie sich zu ihrem Schutz enger an die Regierung an und verbreiteten dadurch die Kluft, die sie von der Mehrzahl ihrer Landsleute trennte. Diese Kluft besteht auch heute noch. Sie wird aber, so meint Pandit Nehru, von selbst mit der Befreiung Indiens verschwinden. Der zukünftige indische Staat wird seiner Natur nach ein laizistischer Staat sein und kann nicht bestehen, wenn er nicht vollste Gewissensfreiheit gewährleistet; dieser Staat wird allen religiösen Kulturen die größte Förderung angedeihen lassen. Die großen Religionen Indiens, Hinduismus und Islam, sind in diesem Punkte einig. Die Christen bilden in Indien eine kleine Minderheit. Um in Indien wahrhaft beheimatet zu werden, müssen sie sich dem großen Lebensstrom Indiens hingeben und dürfen sich nicht an eine fremde Regierung anlehnen. Sie müssen mitarbeiten am Werden Indiens. Darum ist es sehr begrüßenswert, daß die indischen Christen sich jetzt gegen jede politische Spaltung in Indien auf religiöser Grundlage und gegen das Wahlrecht auf kommunaler Basis ausgesprochen haben.

Der Bischof von Tuticorin in Indien hat kürzlich in der Nähe der Stadt ein Aussätzigenheim eröffnet, das von franziskanischen Missionarinnen Mariens betreut werden wird. Bei dieser Gelegenheit hat *Mahatma Gandhi den katholischen Missionen* ein hohes Lob gespendet: „Aussatz ist ein furchtbares Wort“, sagte er, „und Indien kann sich vielleicht die Heimat der Aussätzigen nennen, denn nur Zentralafrika übertrifft es noch. Und doch ist der Aussätzige ein Mitglied der menschlichen Gesellschaft so gut wie die hochstehendsten unter uns; leider sind es diese und nicht jene, die unsern Blick auf sich lenken, obwohl sie unser weniger bedürfen: die Aussätzigen werden von den meisten mit Absicht vernachlässigt. Wer sich mit ihnen ernstlich beschäftigt, das sind vor allem die Missionare, wir sagen es zu ihrem Ruhm. Der Glaube ist es, der die Missionare interessiert, sie sind, wie ihr Name besagt, ‚gesandt‘ zu einem ganz bestimmten Zweck: die Herolde Gottes und seiner Offenbarung vor dem Menschengeschlecht zu sein. Sie beschäftigen sich auch mit sozialer Tätigkeit, weil sie darin ein Mittel sehen, die Menschen Gott näherzubringen, und weil sie wissen, daß Ungerechtigkeit ein großes Übel ist, das einen gerechten Gott beleidigt und den Menschen schadet, die ihr Opfer sind. Der Dienst an den Aussätzigen ist den Missionaren, insbesondere den katholischen, so teuer, weil kein anderer Dienst solchen Opfergeist erfordert. Ein Aussätzigenheim verlangt den höchsten Idealismus und die vollkommenste Selbstlosigkeit. Die Welt der Politik und des Journalismus kann sich sehr weniger Helden von dem Format eines Pater Damian vom Aussätzigenheim in Molokai rühmen; die katholische Kirche dagegen kann Tausende von Menschen aufweisen, die sich wie er in den Dienst der Aussätzigen gestellt haben.“

Es wäre der Mühe wert, eine tiefgehende Prüfung anzustellen, was ihnen die Kraft zu solchem Heldentum gibt.“

Wie P. Moyersoer, der frühere Visitator der Jesuitenmissionen in Indien, dem „Universe“ mitteilt, begrüßen die Katholiken Indiens die Unabhängigkeit, wenden sich aber einmütig gegen die Schaffung des mohammedanischen Staates Pakistan. In einem solchen Staate, besonders wenn die mohammedanische Mehrheit klein sein sollte, würden die Katholiken unweigerlich daran gehindert werden, ihr Apostolat weiterzuführen und Konvertiten zu machen.

Der Vizepräsident des englischen Rates für internationale Anerkennung der indischen Unabhängigkeit, Mr. Dorai Ross, verlangte bei seiner Rückkehr von einer Indienreise, bei der er mit den Führern des modernen Indien verhandelt hat, von der britischen Regierung feste Garantien für die indischen Minderheiten, zu denen auch die indischen Christen rechnen.

Afrika

Gute Kenner der afrikanischen Missionsverhältnisse sagten schon lange vor dem Kriege voraus, daß sich in Afrika ein scharfer Wettbewerb zwischen den christlichen Missionen und dem Islam entwickeln würde. Die Eingeborenen geben ihren heidnischen Glauben auf, der durch die zunehmende Auflösung der mit ihm eng verbundenen stammlichen Lebensformen an Lebensmacht verliert, und suchen Anschluß an eine der Weltreligionen, der gleichzeitig einen kulturellen und sozialen Aufstieg bedeutet. In diesem Wettbewerb habe der Islam einen erheblichen Vorteil, da die sittlichen Forderungen, die er an seine Anhänger stellt, bei weitem nicht so hoch und so radikal sind wie die christlichen.

Es scheint nach amerikanischen Meldungen, daß aber nun ein neues Element auch auf dem afrikanischen Missionsfeld auftaucht. Es wird nämlich von dem Entstehen einer kulturellen Elite unter den afrikanischen Negern berichtet, die, nachdem sie eine europäische oder amerikanische Schulung hinter sich haben, versuchen, aus ihren eigenen Voraussetzungen eine moderne, heidnische Weltanschauung zu entwickeln, aus der natürlich auch ein politisches Programm folgt. Als einer ihrer Führer wird *Nnamdi Azikiwe* (volkstümlich „Zik“ genannt) bezeichnet. Er gehört dem Stamme der Ibo in Nigeria an und hat die amerikanische Columbia-Universität absolviert. Die katholische Wochenschrift „America“ behauptet, er werde bald eine ähnliche Rolle spielen wie Gandhi in Indien, oder Sun Yat Sen in China. In seinem politischen Programm verlangt er unter anderem das Selbstbestimmungsrecht aller afrikanischen Völker.